

Grußbotschaft

von Armeegeneral a.D. Heinz Keßler

zum 60. Jahrestag der Gründung der Nationalen Volksarmee der DDR

Liebe ehemalige Kampfgefährten;
Liebe Teilnehmer an der Festveranstaltung;
Liebe Genossinnen und Genossen;
Liebe ehemalige Angehörige der NVA
der DDR

Mein hohes Alter und mein gegenwärtiger Gesundheitszustand erlauben es mir nicht, persönlich an den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Nationalen Volksarmee der DDR teilzunehmen und Euch meine Grüße zu übermitteln. Deshalb wähle ich diese Möglichkeit.

Ich danke ganz herzlich dem „Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR“, dass er diese repräsentative Feierlichkeit anlässlich des 60. Jubiläums der Nationalen Volksarmee organisiert hat. Unser Leben für die DDR und ihre Nationale Volksarmee erfüllt uns heute noch mit Stolz. Auch mein Leben in der DDR war geprägt vom Dienst in der Nationalen Volksarmee. Viele verantwortungsvolle Aufgaben wurden mir in der NVA übertragen. Ob als Chef der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, als Chef des Hauptstabes und als Chef der PHV, immer wurde ich von hochqualifizierten Mitarbeitern allseitig unterstützt.

Durch den plötzlichen Tod unseres großen Vorbildes, Armeegeneral Heinz Hoffmann, wurde mir die verantwortungsvolle Aufgabe übertragen, die Führung des Ministeriums für Nationale Verteidigung zu übernehmen. Auch in dieser Funktion konnte ich mich auf ein bewährtes Kollektiv von Mitarbeitern verlassen. Ich nutze die Gelegenheit, um mich bei allen, die mich tatkräftig unterstützt haben, recht herzlich zu bedanken.

Unsere NVA hat einen besonderen, einmaligen Platz in der deutschen Militärgeschichte. Warum ist das so?

Sie ist in die Geschichte als echte Volksarmee eingegangen. Sie hat sich während ihrer Existenz an keinerlei kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt und ihre Soldaten nicht zur Unterdrückung anderer Völker eingesetzt.

Wir brauchten die DDR weder am Hindukusch, noch in Mali, Syrien oder anderswo zu



verteidigen. Wir haben stets getreu unserer Verfassung gehandelt, die im Artikel 8 festlegte: **„Die DDR wird niemals einen Eroberungskrieg unternehmen und ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen“**. Verfassungstreu haben wir auch stets gehandelt und nie die Waffen gegen das eigene Volk erhoben, auch nicht in der kritischen Zeit 1989/1990. Frieden war immer die wichtigste Maxime unseres Handelns. Getragen von diesem Geist ist auch der **Aufruf vom vergangenen Jahr „Soldaten für den Frieden“**. Eine solche Friedensbotschaft, unterzeichnet von den Führungskadern der ganzen Armee, ist beispiellos in der deutschen Geschichte.

Die Einmaligkeit besteht darin, dass wir uns ausschließlich zu den humanistischen, progressiven und revolutionären Traditionen des deutschen Volkes bekannt haben.

Der Kern unseres Traditionsverständnisses war stets die revolutionäre Arbeiterklasse. Mehr als 300 Kasernen, Truppenteile, Hochschulen und weitere Einrichtungen der NVA und der Grenztruppen der DDR trugen die Namen anerkannter Revolutionäre und Persönlichkeiten deutscher Geschichte, so u.a. Thomas Müntzer, General Gerhard von Scharnhorst, Carl von Clausewitz, Friedrich Engels, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Heinz Hoffmann und vielen anderen. Sie waren das Vorbild für Hunderttausende Soldaten, Un-

Wir grüßen und
beglückwünschen
unsere Frauen zum
Internationalen Frauentag

teroffiziere, Fähnriche, Offiziere und Generale unserer Armee und der Grenztruppen der DDR. Sie prägten weitgehend unser politisches und militärisches Leben. Diese Namen stehen für das bessere Deutschland und sind noch heute tief in unserem Bewusstsein verankert.

Gelebte und praktizierte Solidarität mit den vom Kolonialismus befreiten jungen Nationalstaaten und Befreiungsbewegungen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas waren selbstverständliches Anliegen der Angehörigen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen.

An der Seite unserer Waffenbrüder, der Sowjetarmee und der anderen Armeen des Warschauer Vertrages, haben wir in der Nachkriegszeit, während des kalten Krieges, das militärstrategische Gleichgewicht an vorderster Front mit gewährleistet.

Unsere Armee, geführt von militärisch hochqualifizierten Kadern, ausgerüstet mit modernster Kampftechnik, garantierte eine hohe Gefechtsbereitschaft. Erinnerung sei hier an die modernen Waffensysteme, wie die MiG 29 und die Mi 24; die Operativ-taktischen Raketen „OKA“, den T-72, das kleine Raketenschiff 1241 und andere. Sie waren denen der NATO nicht nur gleichwertig, sondern in vielen Kampfeigenschaften weit überlegen. Unser Wirken in dieser Zeit war eine der Bedingungen, dass in Europa nach dem 2. Weltkrieg mehrere Jahrzehnte die Waffen schwiegen. Erst nach Liquidierung der NVA und nach Auflösung des Warschauer Vertrages im Juni 1991 wurde der Krieg für die BRD wieder attraktiv. Seit dieser Zeit beteiligt sich die Bundeswehr im Bestand der NATO fast an allen kriegerischen Konflikten in der Welt.

Die Armeeingehörigen und Angehörigen der Grenztruppen der DDR haben sich immer solidarisch und brüderlich verbunden gefühlt, mit den Mitstreitern des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Staatssicherheit. Traditionsgemäß findet das gegenwärtig seine Fortsetzung im solidarischen Miteinander des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR mit den Mitgliedern von ISOR, der GRH und GBM. Gemeinsam setzen sie sich heute für die Gewährung der sozialen Rechte, gegen Verleumdung und Diskriminierung der bewaffneten Kräfte der DDR ein.

Es ist mir ein echtes Bedürfnis, allen Armeeingehörigen und Zivilbeschäftigten meinen herzlichsten Dank für ihren aufopferungsvollen Dienst in der Nationalen Volksarmee, zum Schutz des Friedens und unseres Landes, der DDR, auszusprechen.

Euch allen versichere ich, solange mein Herz schlägt, werde ich als Kommunist treu

und unerschütterlich zur Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Nationalen Volksarmee stehen.

In brüderlicher Verbundenheit

Euer Heinz Keßler
Armeegeneral a.D.

Auf Einladung des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR nahm eine Delegation des Vorstandes unter der Leitung von Horst Parton und Prof. Horst Bischoff an der Festveranstaltung zum 60. Jahrestag der Gründung der NVA in Dömitz teil. Der Vorsitzende von ISOR übergab unsere Grußadresse.



Die außerplanmäßige Mitgliederversammlung der **TIG-Quedlinburg** stand im Zeichen der am 13. März in Sachsen-Anhalt stattfindenden Landtagswahl.

Unser Vorstandsmitglied Dr. Einicke hatte dazu den Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE, Wulf Gallert, eingeladen, welcher als Spitzenkandidat den Wahlkampf seiner Partei anführt.

Trotz objektiver Termindichte war es unserer TIG gelungen, kurzfristig nicht nur unsere Mitglieder zu mobilisieren, sondern auch Vertreter der Partner-TIG aus Halberstadt sowie Vertreter der Linkspartei und der AWO zu begrüßen.

Unser Gast ergriff nach kurzer Eröffnung das Wort, um zunächst die künftige Landespolitik unter einer möglichen vom ihm geführten

Landesregierung zu erläutern. Im Fokus stand dabei die wirtschaftliche Entwicklung, die seiner Meinung nach unter der jetzigen CDU/SPD-Regierung große Versäumnisse aufzuweisen hat. Ähnliches dokumentierte er durch Zahlen und Fakten bezüglich der Bildungs- und Sicherheitspolitik. Aber auch spezielle Themen der wirtschaftlichen Entwicklung zur Schaffung von attraktiven Arbeitsplätzen und die Bindung von Unternehmen im Land mit dem Ziel höherer Einnahmen, werden z.Z. völlig vernachlässigt.

Mit diesen und weiteren Fakten machte Wulf Gallert deutlich, wie wichtig es für das Land ist, einen Regierungswechsel durch die Wahl am 13. März zu erreichen. Er appellierte in diesem Zusammenhang an die Wahlbeteiligung. Am Beispiel Thüringens dokumentierte

er, wie wichtig jede Stimme ist, denn lediglich tausend Stimmen haben dort den Regierungswechsel ermöglicht.

Erfreulich haben alle Anwesenden zur Kenntnis genommen, dass im 15-Punkte-Wahlprogramm der sächsisch-anhaltischen Linkspartei auch das Rentenproblem enthalten ist. Eine mögliche linke Regierung wird sich nach den Wahlen im Bund für eine längst überfällige Ost-West-Angleichung stark machen. Und das aber auch aus der Opposition heraus!

Bedeutsam war der Hinweis Wulf Gallerts hinsichtlich der Rolle der SPD. Falls eine Regierungsbildung unter Führung der Partei DIE LINKE möglich würde, und die SPD sich erneut verweigert, dann würde sie auch ihre Existenz in Frage stellen.

Wulf Gallert machte auch kein Hehl daraus, dass der Wille zur Machterhaltung bestimmter Kräfte der CDU ein Zusammengehen mit der AfD nicht mehr prinzipiell ausschließt.

Breiten Raum sowohl in den Ausführungen als auch in der Diskussion nahm die Flüchtlingsproblematik ein. Dabei überwog der allgemeine Konsens der uneingeschränkten Solidarität mit allen Flüchtlingen, die von Krieg und Not bedroht sind.

Allerdings wurde in der Diskussion kritisch bemerkt, dass die Linkspartei nicht massenwirksam genug die Politik der Bundesregierung zur Lösung dieses Problems in die Zange nimmt und ausreichend offensiv die wirklichen Fluchtursachen in den politischen Auseinandersetzungen benennt. Die Partei müsse sich an die Spitze einer solchen kritischen Betrachtung der jetzigen Regierungspolitik stellen und damit den rechten Parteien den Zulauf erschweren bzw. verhindern. Auf Nachfrage erläuterte Wulf Gallert seine Haltung zu „DDR - ein Unrechtsstaat“ so wie es in Thüringen in der Koalitionspräambel festgeschrieben wurde. Er versicherte, dass es eine solche Aussage in einem möglichen Koalitionspapier nicht geben wird. Diesbezüglich seien die Weichen bereits gestellt worden.

Die Zeit mit unserem Gast ging viel zu schnell vorbei. Gerne hätten wir mit ihm noch weitere Themen diskutiert. So blieb uns nur noch Raum, ihm einen Wahlerfolg mit unserem Versprechen zu wünschen, dafür unser Möglichstes zu tun. Wulf Gallert versprach, auch künftige Einladungen unserer TIG wahrzunehmen.

Zwischenauswertung



Zeichnung Wolfgang Wagner, Steinigtwolmsdorf

Auch wenn es nicht für einen Regierungswechsel unter seiner Führung in Sachsen-Anhalt reichen sollte, war es für unsere Mitglieder und Gäste eine interessante und aufschlussreiche Mitgliederversammlung.

Heinz Tischner

*

Eine Mitgliederversammlung der Potsdamer TIG fand am 16. Januar 2016 in Potsdam statt. Mit dem Ziel, aktuelle Probleme unseres juristischen und politischen Kampfes zu erörtern sowie Gedanken und Meinungen auszutauschen, waren 108 Vereinsfreunde der Einladung in die Aula der Rosa-Luxemburg-Schule gefolgt.

Die Zweckmäßigkeit unserer Zusammenkunft ergibt sich u. a. daraus, dass es in Potsdam 15 selbständige TIG zwischen 15 bis 125 Mitgliedern gibt und territorial neben der eigentlichen Stadt Potsdam Randkommunen umfasst, wie Drewitz, Eiche, Golm, Kleinmachnow, Nauen und Falkensee/Schönwalde. 750 Vereinsfreunde ist der aktuelle Mitgliederstand. Das Bestreben, sich mit Kampfgefährten und Gleichgesinnten zu treffen, ist Lebensbedürfnis, das leider nicht mehr alle Mitglieder aus gesundheitlichen Gründen wahrnehmen können. Ihnen schickten wir herzliche Grüße und Wünsche. Bleibt oder werdet recht bald wieder gesund! Auch im vergangenen Jahr wurden wir von Todesfällen betroffen. Ich bat die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben, um unserer verstorbenen Vereinsmitglieder in Ehren zu gedenken.

Dann nahm unser Gast Prof. Dr. Horst Bischoff das Wort. Er entwickelte seinen Vortrag zu drei Hauptkomplexen der Arbeit von ISOR:

Wie beurteilen wir die aktuelle Lage unseres Kampfes um Rentengerechtigkeit in Bezug auf die Beschwerden beim Bundesverfassungsgericht?

Welche Überlegungen und Meinungen gibt es für die weitere Arbeit von ISOR nach der Entscheidung dieses Gerichtes?

Wie beurteilen wir die Lage in unseren TIG und innerhalb von ISOR, einschließlich unserer Zusammenarbeit mit Parteien, Vereinen und anderen Interessenverbänden?

Die Frage nach der künftigen Rolle und Notwendigkeit von ISOR kulminierte in den Diskussionen und in den Pausengesprächen. Die Meinungen gingen weit auseinander. Es war zu hören, dass sich Skepsis und Verdruss breit machten ob des nun schon über zwanzigjährigen Kampfes um Gerechtigkeit, noch befördert durch zunehmendes Alter und gesundheitliche Probleme.

Man darf diese Tatsachen weder ignorieren noch überbewerten. Entscheidend für unseren Zusammenhalt in der Solidargemeinschaft ist nun mal der soziale und politische Gleich-

klang unserer Mitglieder. Es ist der Wunsch der Mehrheit in den TIG Potsdams zum Fortbestehen des Zusammenhalts Gleichgesinnter. ISOR ist politische und moralische Heimat. Wo das aus verschiedenen Gründen anders oder schwierig zu gestalten ist, hilft in jedem Falle die aktive Solidarität.

In Potsdam werden die durchaus vorhandenen Möglichkeiten für die engere Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Vereinen noch zu wenig genutzt. Auch die Beziehungen zur Partei DIE LINKE waren schon besser. Persönliche Beziehungen konnten zum Teil durch Kaderwechsel nicht wieder aktiviert werden. Auch die Interessenlage änderte sich dadurch. Um das zu verbessern und für unsere Ziele intensiver wieder zu nutzen, werden die TIG-Vorsitzenden auf ihrer kommenden Beratung Vorschläge erarbeiten. Genau in diese Richtung bewegte sich unser Mitglied Horst Jäkel mit seinem Diskussionsbeitrag. Er forderte die Mitglieder von ISOR zur stärkeren Präsenz bei Veranstaltungen des Widerstandes in Potsdam auf, wie Teilnahme am Ostermarsch und Antikriegsdemonstrationen, Protesten gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche, zum 1. Mai und Veranstaltungen des Rotfuchsfördervereins e. V. Er werde auch künftig über Termine und Ort solcher Veranstaltungen über Internet informieren.

Zum Schluss stellte Horst Jäkel als Herausgeber den neuesten 10. Band der Reihe „Als Zeitzeugen erlebt“ zur Geschichte der DDR vor. Im Vorwort heißt es: „In zehn Bänden unserer unabhängigen Autorengemeinschaft „Als Zeitzeugen erlebt“ kamen seit 2003 – also in elf Jahren – 125 Frauen und 332 Männer zu Wort. Sie haben wahrheitsgemäß aufgeschrieben, wie sie in der DDR gelebt, gearbeitet, gekämpft und ihren Staat mitgestaltet haben. Einige Autoren anderer Nationalitäten schilderten, was ihnen die DDR bedeutete“.

Harry Thomas

*

Die Schlussfolgerungen, die die **TIG Strausberg** aus der Lageeinschätzung des in **ISOR aktuell** im Januar veröffentlichten Beitrages unseres Vorsitzenden Horst Parton zogen, bestanden u.a. darin, noch im gleichen Monat sowohl mit den Gruppenbetreuern als auch den Mitgliedern Beratungen über unseren gemeinsamen Kampf durchzuführen.

Wesentliche Unterstützung erhielten wir vom stellvertretenden Vorsitzenden unseres Vereins, Prof. Dr. Horst Bischoff und dem Sprecher der IGA, Heinrich Tauchert.

Wie bei den Beratungen im November 2015 in den TIG Leipzig, Neubrandenburg und Schwerin war auch bei uns der Stand des juristischen Kampfes Schwerpunkt der Beurteilung aber auch die in der nun 25jährigen Geschichte unseres Vereins erreichten Teilerfolge.

Erfreut waren wir über die Würdigung aller ehemaligen Angehörigen der NVA und der Grenztruppen unserer TIG, die maßgeblich an der Gründung unseres Vereins und der erreichten Ergebnisse mitgewirkt habe, die Horst Bischoff besonders betonte.

Gehörte doch Strausberg zu einer der ersten territorialen Gruppen und am 1. März jährt sich schließlich die Gründung der NVA zum 60. Mal.

Gerade in schwierigen Situationen, wenn sich der eine oder andere allein fühlt und mutlos wird, ist es wichtig, sich an die Stärke unserer Organisation zu erinnern und daran, dass wir mehr Mitglieder vereinen, als manche registrierte Partei in dieser Bundesrepublik und beharrlich gemeinsam an der Erreichung unserer Zielsetzung arbeiten und politischen Druck ausüben können.

So ergeben sich für uns neben dem juristischen Kampf, der über die Anwälte geführt wird, weitere und noch umfassendere Aufgaben zur Sicherung und Wahrung der im Grundgesetz verankerten Rechte.

Unabhängig von einer juristischen Entscheidung müssen wir uns in einer breiten Mitgliederdiskussion darüber klar werden, ob und wie wir weiter zusammenstehen wollen.

Dabei muss berücksichtigt werden, dass ein für uns positives Urteil beim Gesetzgeber noch durchgesetzt werden muss oder weitere juristische Schritte von der Ratifizierung von Dokumenten der UNO durch die Bundesrepublik abhängig sind.

Denken wir immer daran, dass das Rentenrecht nicht nur unsere Mitglieder sondern alle ehemaligen DDR-Bürger betrifft, und zwar nicht nur so genannte Bestandsrentner, sondern auch die Jahrgänge ab 1950, die jetzt ins Rentenalter eintreten. Auch sie sind von Diskriminierungen betroffen.

Darum ist es erforderlich, die ehemaligen Angehörigen unserer Organe, die es betrifft, darauf hinzuweisen, ihre Rentenbescheide gründlich zu prüfen, gegebenenfalls Widerspruch einzulegen und sich unserem Kampf anzuschließen.

So wie wir unabhängig von unserer Zugehörigkeit zu bestimmten bewaffneten Organen und der Zollverwaltung gemeinsam an der Erreichung unserer Zielsetzung arbeiten, sollten wir auch mit Organisationen, Gewerkschaften und Parteien zusammenwirken, die ihre Aktivitäten auf die Erhaltung und Durchsetzung der verfassungsmäßigen Grundrechte richten.

Bei aller Kompliziertheit der Situation, der Verschärfung der politischen Lage, bleiben wir kämpferisch und verhalten optimistisch.

Hans-Joachim Friedrich

*

Aus der Postmappe

Zu unserer Lese-Empfehlung in der Januar-Ausgabe schreibt B. Bonath aus Berlin-Pankow

Manfred Wild

„Ich lasse mich frei – Eine biographische Streitschrift“

Ich gestehe, viel habe ich noch nicht gelesen in dem kleinen Buch. Aber bereits „die Vorsätze“ haben mich so begeistert, dass ich es unbedingt empfehlen muss.

In dieser Zeit, da noch fünfundzwanzig Jahre nach dem Untergang der DDR all jene, die sich für diesen Staat engagierten, verunglimpft und verteufelt werden, sind diese Zeilen eine Wohltat.

Denn heute, da es immer weniger Mitstreiter gibt, fühlt man sich oft allein und hilflos im Angesicht der Diskriminierung, die einem via Medien entgegenschlägt. Und bei manchem gibt es sicher auch innerhalb der Familie - und nicht nur bei den Jungen - Missbilligung und den Wunsch nicht über die Vergangenheit zu sprechen.

Ich hoffe, dieses Büchlein macht vielen Gleichgesinnten Mut zu bekennen „Ich beue nichts!“

*

Bei anderen gelesen

Regelung zur Ost-Rentenangleichung nicht weiter verschieben

„Die Volkssolidarität unterstützt die Forderung der Länder, jetzt dringend den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Zwischenschritt für eine Teilangleichung der Renten 2017 zu prüfen.“ Das erklärte Verbandspräsident Dr. Wolfram Friedersdorff am Mittwoch zu dem vom Bundesrat am 29. Januar auf Initiative von Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verabschiedeten Beschluss zum Rentenversicherungsbericht 2015 und zum Bericht des Sozialbeirats. Außerdem kritisierte er jüngste Äußerungen von CDU-Fraktionschef Volker Kauder zum Thema der Ost-Rentenangleichung, die von einer Verweigerungshaltung kündeten. „Der mehrheitlich vom Bundesrat verabschiedete Beschluss zur Rentenangleichung Ost-West darf von der Bundesregierung nicht ignoriert werden. Ziel muss es sein, die Rentenangleichung zügig voranzubringen und den Angleichungsprozess – wie im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD versprochen – ab-

zuschließen.“ Um das im Koalitionsvertrag beschlossene Ziel, mit dem Auslaufen des Solidarpakts II Ende 2019 auch die Rentenangleichung Ost abzuschließen, sei in diesem Jahr eine gesetzliche Regelung notwendig, betonte Friedersdorff. „Nur so wird es möglich, dieses Ziel zu erreichen.“ Zugleich kritisierte er die jüngste Äußerung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, dass die Unionsfraktion das Thema der Ost-Rentenangleichung „in dieser Legislatur nicht mehr anfassen“ wolle. Mit dieser Erklärung gebe der Vorsitzende der größeren Regierungsfraktion unmissverständlich zu erkennen, dass sie den Koalitionsvertrag in diesem Punkt nicht umsetzen will. „Geradezu abenteuerlich mutet die Begründung für diese Verweigerungshaltung an, er wolle nicht, dass die Renten in den neuen Ländern sinken.“ Während ein Positionspapier von Bundestagsabgeordneten der CDU-Ost kürzlich noch die aktuelle Umwertung von Ost-Entgelten der Beschäftigten als Haupthindernis für eine Regelung darstellte, gehe Kauder noch einen Schritt weiter, so Friedersdorff. „Der CDU-Fraktionschef unterstellt, dass bei einer Angleichung des Rentenwerts Ost die durch die Umwertung entstandenen Zuschläge in den Ost-Renten in Frage gestellt würden, also auch die der Bestandsrentner. Das kann man nur noch als Unsinn bezeichnen. Denn bestandskräftige Rentenbescheide können nicht nach Gutdünken ausgehebelt werden, auch nicht durch eine Angleichung des Rentenwerts Ost an den in den alten Bundesländern. Herr Kauder und Teile der CDU sollten endlich aufhören, die Umsetzung des Koalitionsvertrags zur Ost-Rentenangleichung mit allen möglichen Tricks zu hintertreiben.“

Gestützt auf Veröffentlichungen der Volkssolidarität

*

Lesenswert

Hans Weise

Erlesenes aus dem Tagebuch eines DDR-Kriminalisten

Weise Verlag, Berlin 2015, Naumburger Ring 22, 12627 Berlin
Tel. 01759920515; Eigenverlag, 12,80 Euro

Bereits im November 2014 orientierten wir auf die erste Veröffentlichung des Autors, Im Januar dieses Jahres erschien nun eine weitere Folge der Erinnerungen aus der alltäglichen Kleinarbeit eines Kriminalisten, der sich vom Angehörigen einer Berliner Volks-

polizei-Bereitschaft über die Stationen ABV, VP-Revierkriminalist zum Stellvertreter Kriminalpolizei einer VP-Inspektion entwickelte. Seine in lockerer Folge und teilweise mit Fotos versehenen Erinnerungen geben Einblick in Struktur und Arbeitsweise der Kriminalpolizei und ihr Zusammenwirken mit anderen Dienstzweigen und Organen. Dabei kommen Tragik und Komik nicht zu kurz. Hier schreibt kein „Chefermittler“, sondern ein Genosse, der 35 Jahre seines Lebens der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit und damit dem Kampf gegen die Kriminalität gewidmet und seinen Lebensmut und Humor bewahrt hat.

H.-J.F

TIG Erfurt Vorstand Einladung an unsere Gruppenbetreuer und Kassierer

Am 21.04.2016 führt der Vorstand ISOR e.V. Berlin eine Arbeitsberatung mit den TIG-Vorsitzenden des Landes Thüringen in Erfurt durch.

Wir begrüßen Horst Parton, Prof. Horst Bischoff, Peter Speck, Wolfgang Schmidt und den Redakteur unseres Mitteilungsblattes, Wolfgang Kroschel.

Beginn 13.30Uhr

Ort: Gartengaststätte „Dahlie“

Roßblauer Straße 1

(über Friedrich-Engels-Straße)

Schwerpunkte Arbeitsfähigkeit unserer TIG, Betreuung unserer Mitglieder, Zurückdrängung von Resignation, interessantes Mitgliederleben, Solidarität

- Wie wollen wir unseren Verein zukünftig weiter fortführen?
- Vorbereitung des 25. Jahrestages ISOR e.V.
- Welche Erwartungen haben wir an unser Mitteilungsblatt, und welche Beiträge können wir dazu leisten?
- Wie ist der Stand des juristischen Kampfes?

Bitte bringt Eure Vorschläge und Anregungen in der Diskussion mit ein.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 24.02.2016

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.03.2016

Einstellung im Internet: 08.04.2016

Auslieferung: 14.04.2016

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316
Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC BELADEBEXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15